

Der Halle vierteljährlich bei postmässiger Anstellung 2,50 M., durch die Post 2,75 M., anseht Zustellungsgebühren. Bestellungen werden von allen Reichs-Postämtern angenommen.

Für unvollständige Exemplare Verantwortlich ist keine Gewähr übernommen. Abdruck nur mit Genehmigung des Verlegers gestattet.

Verleger der Redaktion Nr. 1140; der Abonnementskasselerin Nr. 1138.

Saale-Zeitung.

Sechszwanzigster Jahrgang.

Werbung im Spaltenpreis oder dem Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Reichshalle, Dr. Ulrichstraße 68, 1 sowie bei mehreren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditoren angenommen. Bekanntes die Seite 75 Pfg. für Halle und umwärts 1 Mt.

Erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags einmahl.

Redaktion und Druck-Verwaltung: Halle, Dr. Brunsstraße 17; Reichshalle, Markt 24. Anzeigen-Verwaltung: Dr. Ulrich, Straße 68 I; Telefon Nr. 591 u. 176.

Die Einfuhrscheine.

II.

Nun übersteht die Denkschrift aber vor allem, daß der Roggen früher bei niedrigeren Preisen in umfangreichem Maße zur Viehfütterung benützt worden ist, daß noch bei der Zolltarifdebatte gerade von agrarischer Seite angeführt wurde, daß 20 Prozent und mehr der Roggenernte zur Viehfütterung dienen, ein Verhältnis, das bei dem geringeren Proteingehalt des Roggens für die Viehfütterung an sich nicht erwünscht ist, wohingegen aber doch gerade für den kleinen Landwirt, der beim Verkauf seiner etwa überschüssigen Mengen Roggen nur einen weitestlich niedrigeren als den normalen Preis erzielen kann, die Verwertung des Roggens in der eigenen Wirtschaft seine erheblichen Vorteile hat.

Die Denkschrift gibt zu, daß die Beschränkung der Einfuhrscheine zur Zahlung auf die Zölle derjenigen Waren, auf welche sie bei der Ausfuhr erteilt worden sind, geeignet wäre, nachdrücklich auf eine Beschränkung der Ausfuhr hinzuwirken und ein Ueberstreiten der Einfuhr durch die Ausfuhr nicht nur bei Roggen und Hafer, sondern auch bei jeder anderen Fruchtart für immer zu verhindern.

Die Denkschrift selbst als die Folge dieser Beschränkung der Einfuhrscheine in Aussicht stellt, bei Roggen und Hafer weitestlich eingeschränkt worden, so sind doch auch so viel weniger Einfuhrscheine da, die zur Zollzahlung verwendet werden können, also kann eine Ueberfüllung des Südens und Südwestens durch mit solchen Zollscheinen bewirkte Getreideinfuhr doch gar nicht erfolgen.

wieder aufgestellte Behauptung, Deutschland müsse für den Kriegsfall dadurch gesichert sein, daß der ganze Bedarf an Getreide durch Eigenproduktion gedeckt werde, auch in dieser amtlichen Denkschrift gründlich desavouiert wird, und das ist das Beste an ihr.

Deutscher Reichstag.

60. Sitzung vom 21. April, 1 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung der Gesetznovelle betreffend das

Reichsschuldbuch.

Reichsschatzsekretär Wermuth:

Die Vorlage ist ausgehändigt Hand in Hand mit einer gleichartigen in Preußen. Und nachdem der preussische Entwurf bereits zur Annahme gelangt ist, wäre es erwünscht, daß das auch ohne Bezug mit dem vorliegenden geschehe. Der Entwurf stellt sich zur Erleichterung der Eintragungen in das Reichsschuldbuch die Erleichterung des geschäftlichen Verkehrs bei Eintragulierungen vor. Der Nachweis der Erbvererbung soll erleichtert werden, ebenso ferner die Zahlung der Zinsen auch außerhalb des Reiches. Auch die Beglaubigung von Urkunden soll erleichtert werden. Noch mehr aber soll der geschäftliche Verkehr erleichtert werden durch, daß alle Gebühren in Abgang fallen sollten mit Ausnahme derjenigen bei der Besichtigung. Alle diese Maßnahmen werden getroffen nicht nur im Interesse der Gläubiger, sondern auch im Interesse des Reiches.

Abg. am Jahnhoff (Ztr.): Jede Maßregel, die Reichsanleihen erhöhte Beliebtheit zu verschaffen, ist zu begrüßen. Die Vorlage verfolgt diesen Zweck und stimmen wir ihr daher zu.

Abg. Droscher (lon.): Auch wir stimmen der Vorlage zu. Eine Kritik erübrigt sich, nachdem schon das preussische Abgeordnetenhaus einen gleichen Entwurf angenommen hat. Die Verhandlungen hier haben nur noch den Zweck, die Zustimmung des Reichstages nach in erhöhtem Maße auf das Reichsschuldbuch zu lenken zum Vorteil des Rufes unserer Reichsanleihen. Treffend waren im Abgeordnetenhaus die Ausführungen des Finanzministers, dahingehend, daß auf die Altiengehaltigkeiten, auf die Genossenschaften, die Sparkassen, ferner auf die Lebens-, die Feuer- und sonstigen Versicherungsgesellschaften ein Druck in der Richtung vermehrter Anlegung von Bonds in Reichsanleihen ausgeübt werden sollte.

Abg. Drel (nl.): erklärt das Einverständnis seiner Freunde mit dem Entwurf, der ohne Kommissionsberatung angenommen werden könne.

Abg. Bachnide (fortf. Volsp.): Gegen den Vorschlag, die Sparkassen zu verpflichten, einen gewissen Prozentsatz ihrer Bestände in Staats- und Reichssparpapiere anzulegen, liegt doch das Bedenken entgegen, daß den Sparkassen daraus Verluste erwachsen können. Mit dem vorliegenden Entwurf sind auch wir einverstanden. Nachdem Preußen vorausgegangen ist, muß das Reich folgen. Aber wir heißen diese Bestimmungen auch um ihrer selbst willen willkommen, so besonders auch die Gebührenermäßigung.

Abg. Krenbt (Reichsp.): regt die Herausgabe eines Merkblatts über das Schuldbuch an, damit der kleine Sparer auf diese Einrichtung aufmerksam gemacht werde. Daß durch die Eintragungen eine bedeutende Einwirkung auf den Kursstand der Anleihen erzielt werde, glaube er nicht, aber selbst eine nur bescheidene solche Einwirkung sei zu begrüßen.

Staatssekretär Wermuth: bittet noch, ether Anregung des Abg. am Jahnhoff, auch die Lösungsgelder wegfallen zu lassen, nicht stattzugeben, äußert sich dagegen zu einer Anregung Bachnides entgegenkommend, peräussische Veröffentlichungen über den Stand des Reichsschuldbuchs erfolgen zu lassen.

Abg. Dore (Volsp.): Wer von diesem Gesetzentwurf eine Senkung des Rufes unserer Anleihen erwartet, ist ein Optimist. Das Publikum läßt sich nicht begeistern, wenn es ein Mißtrauen gegen die Finanz eines Staates hat. Trotzdem stimmen wir dem Gesetz zu, weil es manche Erleichterungen bringt.

Hierzu wird der Gesetzentwurf gleich in zweiter Lesung mit einer geringfügigen Veränderung (auf Antrag Bachnide) en bloc angenommen.

Es folgen Rechnungsachen, zunächst eine Einnahme- und Ausgabe-Uebersicht für die Kolonien von 1907. Die Erhebung erfolgt nach kurzen Darlegungen des Abg. Gerke (nl.), die mit dem Bundesrat, es möge bald die Zeit kommen, wo Reichsschuldscheine für die Kolonien nicht mehr nötig sein würden. Bei der Rechnung der kolonialen Ausgaben von 1901 fordert

Abg. Erberger (Ztr.): eine Bescheinigung der Rechnungslegung und rügt, daß man in den Kolonien über die vom Reichstage bewilligten Ausgaben verfügen zu können glaube, wie man wolle. Die Feder würden nicht immer so verwenden, nicht zu dem Zweck, zu dem sie bewilligt seien, freilich sei begreifbar auch bei der Militäremwallung. Der Rechnungshof habe solches Verfahren mit Recht getadelt und erklärt, daß die Vermaltung an den im Etat vorgesehenen Verwendungszweck gebunden sei.

Unterstaatssekretär v. Bindequill: Die Rechnung ist schon 1904 vorgelegt worden, an der verpöbsten Behandlung ist also nicht die Vermaltung schuld. Mit den vom Rechnungshof festgelegten Grundrissen ist die Vermaltung einverstanden. Es wird auch bereits danach verfahren. Bei der zweiten Beratung der Uebersicht über die Reichsausgaben und Einnahmen für 1906 handelt es sich um Uebersichtserträge im Betrage von etwa 6 1/2 Millionen Mark.

Abg. Erberger (Ztr.): Bei der Prüfung in der Kommission wurde eine Cabinetsorder des Kaisers erbeten, die die Etatsübersichtreibungen von 1905 genehmigte. Die Regierung rebele sich mit einer Tradition heraus. Weitere Einlagen als Bundesrat und Reichstag gibt es aber da nicht. Die Kommission hat die grundsätzliche Erörterung dieser Frage vertagt und sich für später vorbehalten.

Abg. Hengsbach (Soz.): spricht in gleichem Sinne. Man hat sich in der Kommission auf Instruktionen aus dem Jahre 1824 berufen. Wir protestieren gegen dieses Verfahren, mit dem man dem Monarchen feinen Gefallen tut. Die Vertretung des Kaisers bei der Vermählung des Königs von Spanien kostete 46 000 Mark. Das kann man aus der Privatkaufhalle beschaffen, aber nicht aus der Reichskasse, die im enigen Dalles ist.

Schatzsekretär Wermuth: Die grundsätzliche Frage bedarf tatsächlich noch der Erörterung und Klärung. Jedenfalls beruht dies Verfahren auf einem alten Brauch. Ich stelle anheim, ob es beibehalten werden soll oder nicht.

Abg. Erberger (Ztr.): Die Form gibt also der Schatzsekretär selbst preis. Für Empfangsfrüher Fiktion und Repräsentation gibt die französische Republik mehr aus als wir.

Abg. Hengsbach (Soz.): In Frankreich sind wir ebenfalls in der Minderheit, sonst wäre es anders.

Abg. Erberger (Ztr.): Die Sozialdemokratie gibt doch auch Gelder für Repräsentationszwecke aus. Deshalb hat die Rede des Abg. Hengsbach keinen Sinn und Bestand.

Abg. Hengsbach (Soz.): Möge Herr Erberger erst einmal seinen Verstand klären. Schatzsekretär Wermuth:

Der Kaiser vertritt das Reich nach innen und außen. Die Gelder sind ausgegeben für Repräsentationszwecke des Reiches. Die Uebersichtreibungen werden genehmigt. Es folgt die zweite Lesung des Gesetzentwurfs über die

Haftung des Reiches für seine Beamten.

Die Kommission hat die Haftung der Schutzgebiete auch für die eingetragenen Beamten beschloffen.

Abg. Dore (Volsp.) befürwortet diesen Beschluß.

Abg. Erberger (Ztr.): Ob wir schon heute die völlige Gleichstellung von weissen und farbigen Beamten beschließen können, erscheint mir zweifelhaft. Ich beantrage daher die Regelung durch Verordnung des Reichsanzaltz, wie sie im Entwurf steht, wiederbezuhalten.

Abg. Schuke (Rp.), Abg. Hoth (wirtsch. Bgg.) und Abg. Holschulte (lon.) stimmen dem Antrag Erbergers zu.

Abg. Dr. Jand (nl.)

betont demgegenüber das Bedürfnis der Haftung des Reiches, das um so größer sei, je niedriger die Kulturstufe des betreffenden Beamten ist.

Abg. Ledebour (Soz.): Ob der Beamte weiß, rot, grün oder schwarz ist, ist für die Haftungspflichtigkeit gleichgültig.

Nach kurzer weiterer Erörterung wird der Antrag Erbergers angenommen, also die Bestimmung des Regierungsentwurfs wieder hergestellt.

Freitag 1 Uhr: Interpellation über das Mülheimer Eisenbahnunglück, Wertenanbeihilfe. Schluß 3 1/2 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

54. Sitzung vom 21. April 1910. Am Ministerische: v. Trott zu Solz, Schwartkopf. Präsident v. v. Röscher eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten. Die zweite Lesung des

Kultusetats

wird beim Kapitel „Elementarunterrichtswesen“ fortgesetzt.

Abg. v. Kardorff (Hf.): Ich werde auf die sehr interessante schriftliche Rede des Abg. Hoth nicht eingehen, man muß erst die Erörterung der Akten hören, ehe ein Urteil darüber möglich ist. Wenn richtig ist, was Herr Hoth

dem Deutschen Lehrerverein vorwirft, so würden wir diese Entgegnung des Vereins in antichristlichem und antichristlichem Sinne ebenso beunruhigen wie das Zentrum. Aber wir haben den Eindruck, als habe Herr Schupp stark übertrieben, und Rückschlüsse aus seinen Behauptungen gezogen, die wir ablehnen. Selbst wenn bedeutende und bedauerliche Uebertreibungen einzelner radikaler Elemente in dem Verein vorgekommen sind, nehmen wir das nicht so tragisch, der Geist in der Lehrerschaft ist gesund und religiös, und solche Entgegnungen sind Ausnahmen, nicht die Regel. Der Herr Schupp ist die Schuldigkeit des Herrn Schupp, selbst über die fehlenden Sachverhältnisse im Klaren. In Berlin sei die Ueberfüllung der Schulen besonders schlimm, während doch gerade dort die Schule als Hauptfaktor der Germanisation besser sein müsse, als überall anderswo. Die schiedenen Schulverhältnisse in Polen führten auch zur Abwanderung. (Rebh. Beifall.)

### Abg. Dr. Schupp (Vp.):

Der Abg. Schupp hat es wie im vorigen Jahre wieder für gut befunden, ungeschickliche Angriffe gegen den deutschen Lehrerverein zu richten. Er als Kreisfunktionsinspektor sollte doch bei dem Glat für das Volkswohl in etwas anderem seine Aufgabe erblicken, als einen großen Teil der Lehrerschaft zu verdrängen. (Rebh. Zustimmung links; Wohl! i. Ztr.) Er warf dem Deutschen Lehrerverein die Sozialdemokratie vor. Wenn man aber dem Zentrum insofern gewisse Vorurteile gegenüber der Sozialdemokratie vorwirft, dann werden die Herren immer außerordentlich nervös. Der Abg. Ernst hat schon betont, daß der Lehrerverein mit der Sozialdemokratie nichts zu tun hat. Der Abg. Schupp kann ja mit mir nach Straßburg zu den deutschen Lehrerverein kommen. Da wird er aus eigener Anschauung sehen, daß der deutsche Lehrer ebenso gute Patrioten sind wie die Herren im Zentrum. (Rebh. richtig! links.) Der Abg. Schupp wird sicherlich als Kreisfunktionsinspektor auch Lehrer unter seiner Aufsicht haben, die dem Deutschen Lehrerverein angehören. Das kann nun der Abg. Schupp glauben, daß die Mitglieder des Deutschen Lehrervereins in patriotischer, in religiöser und nationaler Hinsicht den anderen Lehrern nachsehen? Wenn das nicht der Fall ist, so ist es eine ungebührliche Unbilligkeit, in dieser Weise Vorwürfe zu erheben. (Rebh. Zustimmung links.) Zu erst hat Herr Schupp nur von einigen radikalen Heißspornen gesprochen, zum Schluß aber hat er den ganzen Deutschen Lehrerverein als freidenkerlich bezeichnet. Ich nehme zu seinen Gunsten an, daß er keinen Unterschied machen will zwischen religiös-liberal und freidenkerlich. (Sehr richtig! links.) Die „Preussische Lehrzeitung“ ist ein Privatunternehmen, die politisch auf dem Boden der fortschrittlichen Volkspartei steht. Das ist ihr gutes Recht, wie es das Recht des deutschen Lehrervereins ist, auf dem Boden des Bundes der Landeslehrer zu stehen. Wenn Sie sich richtig informieren wollen über den Geist in der deutschen Lehrerschaft, so halten Sie sich an die Beschlässe der Lehrertage. Und die Lehrertage stehen auf dem Standpunkt, daß der Religionsunterricht ein wesentlicher Bestandteil des Unterrichts sein muß. Auf diesem Standpunkt steht auch der so viel angegriffene Kollege Teus. Die „Kreuzzeitung“ ist wohl nicht die richtige Kronzeugin für Vorgänge im Lehrerverein. Gegnerische Ansichten kommen auf den Lehrertagen durchaus zum Wort. Der Münchener Lehrertag hat mit 390 gegen 11 Stimmen die Beibehaltung des Religionsunterrichts beschlossen. Religiöse Probleme kennt das Zentrum nicht. Seine Anhänger beten nur nach, was andere ihnen vortragen. Wir aber treten ein für eine Reform des Religionsunterrichts und wollen damit den Kindern die Religion wieder lieb und wert machen. Vor allem sind wir gegen das Auswendiglernen eines großen Memorienstücks. Teus hat keineswegs Christen mit Mohammed und Confucius auf eine Stufe gestellt, sondern hat nur verlangt, daß die Kinder auch über die anderen Religionen aufgeklärt werden. Die Ausführungen des Herrn Schupp entsprechen nur dem Ager der Vorurteile, daß Katholiken noch den Deutschen Lehrerverein angehören. In Bezug auf das Zentrum der Deutschen Lehrerverein, um so mehr werden ich die deutschen Lehrer um ihn scharen. (Rebh. Beifall links.)

### Abg. Dr. Friedberg (nl.):

Herr Schupp hat nicht gerade, um Mißstände abzu schaffen, sondern aus parteipolitischen Gründen. Sein Hauptzweck ist, den Straßburger Bischof einzulagern zu werden. Das ist ihm nicht gelüht. Die Zurückweisung des Bischofs durch die reichsständliche Regierung war durchaus berechtigt. (Zustimmung links.) Wir vertrauen, daß auch die reichsständliche Regierung gegebenenfalls so vorgehen würde. (Beifall.) Wie kam ein Mann mit den Ansichten des Herrn Schupp Kreisfunktionsinspektor zu sein? (Rebh. Beifall links, große Unruhe und Widerspruch i. Ztr.) Wie kann er die Rechte des Staates gegenüber der Kirche vertreten? (Zustimmung links, Zuruf: Will er auch gar nicht!) Die Ansichten des Herrn Schupp mögen sehr ehrenwert sein, aber sie machen ihn untauglich für ein Amt, das ihn die Staatsaufsicht über die Schule überträgt. (Rebh. Zustimmung links.) Der Straßburger Bischof wollte eine Mauer zwischen der reichsständlichen und der übrigen deutschen Lehrerschaft aufziehen. Für diese nationale Gesfahr hat Herr Schupp natürlich kein Verständnis. (Sehr richtig! links.) Er hat die Lehrerschaft vor dem Minister des Kultus bezeugt, das wird der Minister bestmöglich zurückweisen. (Sehr gut! links.) Abg. Schupp nahm für die Kirche nicht nur ein natürliches, sondern sogar ein übernatürliches Recht in Anspruch. Das heißt, offen ausgesprochen, daß die Schule ein Annex der Kirche sein müsse. Bei dem tiefen Unterschied zwischen Katholizismus und Protestantismus wundert mich, daß die Konfessionellen hier nicht auf unserer Seite stehen! (Sehr richtig! links.) Herr Schupp Rede erklärt sich nur so, daß das Zentrum dringend ein Agitationsmittel brauche und deshalb einen Kultusminister inszenieren möchte. (Sehr richtig! links.) Aber darauf fallen wir nicht herein! (Rebh. Beifall links.)

### Abg. Heidenroth (lon.):

Die Grundlagen des Katholizismus und des Protestantismus ist dieselbe. Beim Deutschen Lehrerverein bedauern wir, daß die radikalen Elemente sich immer mehr in den Vordergrund drängen. (Sehr richtig! rechts und im Ztr.) Wir verweisen aber nicht an der Zukunft unserer Jugend, weil wir auf den Geist unserer Lehrer, vor allem der Landeslehrer, vertrauen. (Sehr richtig! rechts, Wohl! links.) Geben Sie sich die Mühe, sich vor langer Zeit an den Großstädten der Welt lassen. Hoffentlich geht die Stellung des Deutschen Lehrervereins bald in beinahe reine Hände über. (Rebh. Zustimmung rechts und im Ztr., Unruhe links.) Politisch spricht bei uns hier in der ganzen Sache nicht mit (Gelächter links), nur das Christentum. (Sehr richtig! rechts.) Der Verein sollte die Bremer Forderungen erfüllen zurückweisen. (Zuruf links: Ist ja längst geschehen!) und möge er die Forderung der Abschaffung der Schulnachten zurückweisen. (Zuruf links: Kommt noch!) Im Religionsunterricht den Schülern möglichst viel Kenntnisse und die Ergebnisse der neuesten Forschung mitzuteilen, wäre zu verstehen, als möglich. (Zustimmung rechts und im Ztr., Wohl! links.) Es gibt gar keine gesicherten Kenntnisse. (Zuruf links: Nur der Glauben!) Der Redner wendet sich gegen die Abschaffung des Katechismusunterrichts und fordert Durchdringung des ganzen Schulunterrichts durch den Religionsunterricht. Der Religionsunterricht darf nicht entfallen, was in der Religionslehre aufgebaut wurde. (Rebh. Zustimmung rechts und im Ztr.) Deshalb muß die Kirche ein gewisses Ueberwachungsrecht haben. (Zuruf links: Beifall rechts und im Ztr., Wohl! links.)

### Abg. Dr. Schupp (Ztr.):

Meine harmlose Rede scheint ein wirksamer Griff ins Weisheit gewesen zu sein! Wie ist die Presse gegen sie losgezogen! (Gelächter links.) Und wie viel Redner hat die Linke heute gegen mich herausgeschickt! Ich habe Ihnen doch gar nichts getan! Das „Berl. Tagebl.“ wirft mir ohne Grund Unflätigkeiten über die Schulverhältnisse von 66 000 ehenwertem Wählern vor. Ausgerechnet das alte ehrliche „Berl. Tagebl.“ (Rangabnahme Heiterkeit.) Die Woll. Zeitung nicht länger einen faßmännlich gebildeten Redner. Herr Schupp hat seine eigene Karte widerlegt, und Dr. Friedberg hat auf meine Anteilnahme! verwiesen. Das Unflätigkeiten verdrängt, die dem Zentrum nicht annehmbar sind. (Zuruf links: Heiterkeit.) Wir wollen nicht, daß eine große Masse der Lehrerschaft für die Simultanschule aufgegeben. Religionsunterricht nur noch beibehalten, weil man ihn jetzt noch nicht beseitigen kann. Der Straßburger Bischof hat nur aus weltlichen Gründen die Lehrer gewarnt. Die liberale Lehrerschaft im Reichsland hat den Bischof und die Konfessionsschule noch härter angegriffen, als die übrigen Lehrer. Abg. Dr. Friedberg hat hier einen Abgeordneten als Zeugen in elender Weise benutzte! (Selbstes Zustimmung im Ztr., Unruhe und Widerspruch links, Ruhe: Zur Ordnung!)

### Präsident v. Köster

rufft den Redner zur Ordnung. Er diese sagen, daß ein Abgeordneter benutzte, aber nicht, daß er in nicht zutreffender Weise denutzte.

### Abg. Dr. Schupp (Vp.):

Die Bezeichnung Zerstört ist kein Schimpfwort, wie Herr Schupp behauptet. Er hat die ganze Lehrerschaft des Freidenkertums bezeugt, ist aber den Beweis schuldig geblieben. In Baden hat sich das Zentrum mit der Simultanschule abgefunden. Bezeichnenderweise hat Herr Schupp immer vom Straßburger Bischof und „seiner“ Lehrerschaft gesprochen. Es sind aber Lehrer des Staates! Mit keinem Urteil über den Deutschen Lehrerverein hat Herr Schupp selbst unter seinen Fachkollegen wenig Ansehen. Auch in Zukunft werde ich von dem Grundlag ausgehen, daß auf einen großen Klotz ein großer Stein gesetzt. (Rebh. Zustimmung links.)

### Abg. Schupp (Ztr.):

Ich fühle mich geschlagen und verzichte. (Heiterkeit im Ztr.) Ein Schlafentzug wird gegen die Linke angenommen.

### Abg. Ernst (Vp.),

daß ihm die Gelegenheit genommen werde, die Zerstörer des Abg. Schupp zu widerlegen.

### Abg. Schupp (Ztr.)

bezeichnet seinen Ausdruck „Der Bischof und seine Lehrer“ als einen Lapfus linguarum. (Lachen links.) Beim „Präparandenverein“ regt

### Abg. Wentorf (nl.)

eine sorgfältigere Pflege der Gärten der Präparandenanstalten an.

### Abg. Ernst (Vp.)

begrüßt es, daß die letzten Präparandenanstalten alle in Verbindung mit Seminaren geschaffen werden.

### Weim „Turnlehrer-Bildungswesen“ fordert

### Abg. v. Schandendorf (nl.),

daß der Turnunterricht in Seminar nur von ausgebildeten Turnlehrern erteilt werden darf. Eine gute körperliche Ausbildung der Jugend liegt im Interesse des ganzen Volkes.

### Abg. Dr. Schupp (Vp.):

Die großstädtische Jugend sollte auch nach der Entlassung aus der Schule mehr Sport treiben. Die größeren Kommunen sollten sich darum mehr kümmern.

### Abg. Schmieding (Ztr.)

spricht im gleichen Sinne.

### Kultusminister v. Trott zu Solz

spricht sich gegen den obligatorischen Spielnachmittag aus. Man sollte nicht jede freie Stunde der Schüler belegen. Ein besonderes Ansehen, für die Förderung der Leibesübungen zu sorgen, bedürfte die Unterrichtsverwaltung nicht. Man sollte lieber die breite Öffentlichkeit mehr dafür interessieren.

### Abg. Casfel (Vp.)

Einem Zwang bei der Einrichtung von Spielnachmittagen wünschen wir nicht. Wenn die Sportvereinigungen die Schüler selbst über die Aufnahme entscheiden dürfen, so werden oft Stand und Konfession zu sehr in den Vordergrund getrieben. Das wollen wir nicht.

### Abg. Dr. Hingmann (nl.)

hält einen gewissen Zwang für notwendig.

### Abg. Dr. Heßnecht (Vp.)

spricht Beschwerde über das Vorgehen bei sozialdemokratischen Jugendorganisationen.

### Kultusminister v. Trott zu Solz:

Wir fördern alle Turnbestrebungen, die die Königstreue auf ihre Fahne geschrieben haben. Wenn wir alle Bekleidungen anwenden, dann tun wir das allen in Betracht kommenden gegenüber, nicht bloß gegenüber den Sozialdemokraten.

### Abg. Hamboße (nl.)

Unser Volk auf dem Lande muß wieder spielen und singen lernen.

### Weim Titel „Schulaufsicht“ tritt

### Abg. Keettrich (Ztr.)

für die geistliche Ortsaufsicht ein.

### Abg. Heidenroth (lon.)

fordert für Vitruven die Zulassung der Vitruvianer Sprache im Religionsunterricht und weist auf die Bedeutung der geistlichen Schulaufsicht hin. Der Redner weist Vorurteile gegen den positiven Neuen preussischen Lehrerverein zurück.

### Abg. Schwarz v. Hinstadt (Ztr.)

empfeht die geistliche Ortsaufsicht. Der Redner wendet sich gegen die Koedukation.

### Gesamt Rat Lehrern

ermindert, daß durch Anstellung von Lehrerinnen für Mädchen gefördert werde.

### Abg. Ernst (Vp.)

verlangt eine pädagogische Vorbildung für die Schulaufsichtoren, daran fehle es bei den Geistlichen.

### Abg. Schwabach (nl.)

fordert für die litauischen Bezirke die Zulassung der litauischen Sprache im Religionsunterricht.

### Das Versatzt ist.

Weiterberatung: Freitag 11 Uhr. Schluß 4 1/2 Uhr.

## Deutsches Reich.

### Der Schiedspruch im Berliner Bau-gewerbe.

# Die Annahme des bereits mitgeteilten Schiedspruches im Berliner Baugewerbe wird seitens der Organisation der Arbeiter in der Bauindustrie im allgemeinen für wahrscheinlich gehalten. Dies gilt besonders für die Maurer, obwohl sich bereits in einzelnen Bezirken eine heftige Opposition dagegen bemerkbar macht. Auch die Arbeiter sind in ihrer großen Mehrheit entschlossen, den Schiedspruch anzunehmen. Beide Parteien müssen sich bis zum 23. d. M. erklären, ob sie sich dem Schiedspruch unterwerfen oder ihn ablehnen. Der für Groß-Berlin maßgebende Vorstand der Bauarbeiter wird noch eine Generalversammlung abhalten und eine Denkschrift über die Lage in Berlin herausgeben. Mit der Einigkeit der Arbeiterseite scheint es überigens, wenn der „Tag“ recht orientiert ist, nach wie vor schlecht bestellt. So berichtet man aus Köln:

Im gesamten westdeutschen Gebiete ist die durch die Bauarbeiterausperrung geschaffene Lage höchst verwerflich, weil die Bauunternehmer die einseitliche Durchführung ihrer Maßregeln nicht erreichen können. In zahlreichen oberdeutschen Städten wurde die Bauarbeiter nicht ausgesperrt. Die Arbeiter gehen ihnen ungehörten Gang. In einzelnen mittelrheinischen Städten wurde zwar ausgesperrt, indessen übertrug man die Geschäftsführung größerer Bauten anderen Personen, so daß ruhig weiter gearbeitet wird. Auch im Gebiet des mitteldeutschen Arbeiterverbandes wurde die Aussperrung nicht allseitig vorgenommen. In einzelnen rheinischen Städten macht sich das Bestreben der Behörden geltend, vermittelt einzugreifen. Jedoch machen die in Betracht kommenden Oberbürgermeister eine Vermittlung davon abhängig, daß beide Teile darum ersuchen.

### Die Zukündigtheit des Reichsgerichts.

# Auf Anregung der Vorleser des Berliner Kaufmannschaft sprach gestern im Beethoven-Saal zu Berlin im Wirklichen Geheimrat Prof. Dr. Wachs aus Leipzig über den Gesetzentwurf betreffend die Zuständigkeit des Reichsgerichts. Redner besprach zunächst die Bedeutung, die der Gesetzentwurf in Kaufmanns- und Industriezweigen erregt hat und beachtete sodann die Uebertragung der Zuständigkeit des Reichsgerichts. Er nahm zu dem oft erhobenen Vorwurfe Stellung, daß deren Artikel sich gar leicht in theoretische Breiten verlieren. Er bezeichnet dies als ein Produkt des deutschen Lebens und der deutschen Grundstimmung. Die Ursache der fortwährenden Belastung des Reichsgerichts sah der Redner in dem andauernden Anwaschen der Bevölkerung, der allgemeinen Hebung der Wirtschaftslage und in dem rascheren Arbeiten der Geschäftsmänner. Novelle erzeuge Novelle, wie ein Uebel das andere gebäre. Weiter erörterte der Vortragende die Mittel, die man zur Entlastung des Reichsgerichts vorge schlagen hat. In diesem Zusammenhang erwähnte Geh. Rat Wachs die Beseitigung des Bescheidrechts, das den Senaten täglich 1-1 1/2 Stunden Zeit in Anspruch nehme. Da im Jahre ungefähr 1700 Bescheidungen zu erledigen sind, würde dadurch eine Zeitersparnis und eine entsprechende Entlastung stattfinden. Dagegen sprach sich der Redner gegen die Aufhebung der Patent- und der preussischen Sachen aus, die dann am das Kammergericht verwiesen werden sollten. Geh. Rat Wachs hielt diese Lösung der Katastrophe für eine sehr unglückliche, weil dadurch der Partikularismus in unerwünschter Weise gefördert werde. Im weiteren Verlaufe des Vortrags führte der Redner in der Kritik des Gesetzentwurfs fort und wandte sich gegen das Differenzentscheidungsrecht.

### Die schwarzen Listen.

(Von unserm #-Korrespondenten.)

Essen a. N., 21. April.

Wie erinnerlich, wurde im Reichs- und Landtage heuerzeit die Frage der Straflosigkeit bzw. der Rechtsfähigkeit der sogenannten „schwarzen Listen“, unter Benutzung dieser der rheinisch-westfälischen Hehnerband gegen kontraktfrüher Arbeiter vorging, behandelt. Diese für das Verhältniß zwischen Arbeitgeber und -nehmer wichtige Frage ist nun vom Essener Landgericht entschieden worden. Das Gericht erkannte an, daß dieses Mittel zur Bestrafung kontraktfrüher nicht gesetzlich, wohl aber eine Aussperrung auf mehr als 6 Wochen ungesetzlich ist. Es handelte sich um eine Schadenersatzklage, die neun dem sozialdemokratischen Arbeiterverband angehörige Belegten gegen den Hehnerverband wegen Aussperrung auf 6 Monate zufolge Kontraktbruchs angezettelt hatten.

Nach eingehender Verhandlung erging das Urteil dahin, daß die Klage abgewiesen wird, insofern Schadenersatz für die ersten 6 Wochen nach der Aussperrung gebührt wird, daß aber im übrigen der Klagenanspruch aus dem Grunde nach als gerechtfertigt erklärt wird. Demnach hat sich das Gericht auf den Standpunkt gestellt, daß eine Aussperrung wegen Kontraktbruchs auf die Dauer von über 6 Wochen hinaus gegen die guten Sitten verliert.

## Parlamentarisches.

### Die Wertzuwachssteuer vor der Kommission.

Die Kommission des Reichstags für den Gesetzentwurf betreffend die Wertzuwachssteuer setzte die Beratung des § 1 fort. Nach längerer Beschäftigungsdebatte erklärte ein Regierungsvertreter gegen den gestern mitgeteilten Antrag der Kommission. Bei der Abstimmung über den § 1 wird entsprechend den Anträgen des Zentrums und der Nationalliberalen vor dem Worte „Wertzuwachs“ eingefügt ohne Zutun des Eigentümers entstandenen“ und der § 10 f. alsdann angenommen.

Wofür 2 erhielt folgende Fassung:

„Betragt der Veräußerungspreis ohne die im § 10 f. angefallenen Wägen bei bebauten Grundstücken nicht mehr als 20 000 M., bei unbebauten Grundstücken nicht mehr als 5000 M., so bleibt ein nicht mehr als 50 Prozent des Erwerbsergebnisses betragender Wertzuwachs von der Steuer frei, sofern der Veräußerer weder den Grund-



Es ist stets die rechte Seite des Fischbeckens innenabzuwenden; auf dem linken Winkelplatz ist der höchste Fischdam zu benutzen; der Strohschiffbau-Berkehr darf nicht gehindert werden; die Königskrüde ist ohne Zutritt zu passieren; den Befehlen der polizeilichen Aufsichtsbeamten ist Folge zu leisten. Allen.

### Ein Räuberstück.

**Kennrich (Witterfeld), 20. April.** Vorige Nacht gegen 12 Uhr wurde bei dem hiesigen Windmühlenspeicher Albert Turich angeknipst mit der Kunde: „Im Dorf bei Herrn Gastwirt Meiß brenne es.“ Schnell bestellte sich Turich ein, um Hilfe zu leisten. Gleich nachdem Turich weg war, rief der Fremde das Doppelfenster zur Wohnung heraus, schlug das zweite Fenster ein und trat mit dem Revolver in der Hand ein. Der alte Turich, ein Mann von 70 Jahren, stellte sich ihm in den Weg, erhielt aber drei Schrotkugeln, die ihn indes nicht schwer ver wundeten. Auch die Frau wurde bedroht. Sie mußte ruhig zusehen, wie der Räuber die Kommode ausräumte und den Schlüssel zum Gefängnis suchte. Nachdem er ihn gefunden und gegen 400 Mark erbeutet hatte, stellte sich Turich ihm noch einmal in den Weg und rief ihm die Mäcke vom Gesicht, hatte aber nicht so viel Kraft mehr, den Unhold zu übermächtigen. Der sechsjährige Sohn Curt des Mühlenspeichers Turich hatte den Mut, aus dem Hause zu entfliehen und den anwohnenden Nachbarn Sonnenberger zur Hilfe zu rufen. Leider kam dieser etwaige Minuten zu spät.

Zu gleicher Zeit erkündete die Sturmglöde im Orte. Die neue und alte Söhne auf Reis Gehöft mit Drehschneidern und vielen Ackergeräten, sowie die Stallgebäude — alle mit Stroh- und Heuvorräten gefüllt — standen in hellen Flammen und wurden auch deren Raub. Die herbeigekommenen Feuerwehren von Jöhrendorf, Räden, Gießhlich, Kamfisch, Rößlich und Brehna vermochten wenig auszurichten. Sie hatten nur dafür zu sorgen, daß die anliegenden Gebäude erhalten blieben. Man nimmt mit Recht an, daß das Verhängnis von demselben Fremden vorher angezündet ist, der den Raubzug bei Turich ausgeführt hat.

### Eisenbahn Mansfeld—Wippra.

**Mansfeld, 20. April.** In der heutigen Sitzung des Kreistages machte Landrat v. Salfell folgende Mitteilung: Der Herr Minister der öffentlichen Arbeiten habe die speziellen Vorarbeiten für den Bahnbau der Wippraalbahn und die landespolizeiliche Prüfung dieser Vorarbeiten im Jahre 1910 angeordnet. Ferner hätten die Herren Minister der öffentlichen Arbeiten und der Finanzen die Einhellung der zum Bau dieser staatlichen Nebenbahn erforderlichen Mittel für das Etatsjahr 1911 in Aussicht gestellt. Mit dem Bau der Bahn wird aller Voraussicht nach im Jahre 1911 begonnen.

### Die Steuerzuschläge.

**Magdeburg, 20. April.** Dieses Jahr werden erhoben: 180 Proz. zur Gemeindefiskalabgabe, 200 Proz. zur Gemeindefiskalabgabe, 3,40 % des gemeinen Wertes der Grund- und Gebäudesteuer.

### Schillerdenkmal.

**Leipzig, 21. April.** Der Schillerverein hier selbst beschloß die Errichtung eines Schillerdenkmals in Leipzig.

### Ordensverleihungen in der Provinz.

Es erhielten Regierungsrat Hermann Voelfler zu Erfurt den Roten Adlerorden 4. Klasse, Regierungsbaumeister Rudolf Meißbach, Assistent Gustav Salzer, Oberbaumassistent Niß, Geheimer Rat, alle zu Erfurt, den Königk. Kronenorden 4. Kl., der Maurerpolier Louis Blumenstein das Allgemeine Ehrenzeichen.

**† Weihenfels, 20. April.** (Ueber die Thüringer Konferenz für innere Mission.) die gestern zu Ende ging, ist noch mitzuteilen: In der am 10. Uhr beginnenden Versammlung hielt nach einer biblischen Ansprache des Generalsuperintendenten D. Jacoby in Magdeburg und nach den Begrüßungen seitens der hiesigen und städtischen Behörden, sowie des Zentralauschusses für innere Mission der Generalsekretär der deutschen Sittlichkeitsvereine, Privatrat Bohne-Wilgense, den Hauptvortrag über „Amoralische Moral, die sogenannte neue Moral und die restauratorische gute alte Moral“ und richtete einen warmen Appell an die Versammlung, gegenüber der heutigen Schäden der Ehe, Unehelichkeit und Prostitution, gegenüber der sogenannten Herrenmoral das Heiligum der Ehe und der Familie unserem Volke zu erhalten. Gegen 1 Uhr schloß Realschulamtsdirektor Professor Dr. Jange. Erfurt die Konferenz mit Dankesworten und Segenswünschen. Ein gemeinsames Mittagsmahl vereinte darauf noch eine größere Anzahl der Festteilnehmer.

**Leipzig, 20. April.** (Ein italiensisches Zwillingsspaar.) Hier erblickte ein „italienisches“ Zwillingsspaar männlichen Geschlechts das Licht der Welt, das bei der Geburt verstarb. Es war in der Mitte des Leibes bis zu den Hüften zusammengewachsen. Der gemeinsame Rumpf zeigte 4 Arme, 2 Hüfte, 2 Köpfe, 2 Unterkörper und 4 Beine. Die Unnormität wurde der Universität Leipzig zugestiftet.

**† Magdeburg, 20. April.** (Rote Radlerinnen.) Unter Straßenbild wird neuerdings durch eine bisher noch unbekannte Art der Verkehrsmittelvermittlung gelebt. Es sind rote Radlerinnen, die schnell auf ihren Rädern durch die Stadt dahinjollen. Wie ihre männlichen Kollegen übernehmen sie alle möglichen Befehls-, Aufsicht- und Befehlsarbeiten und erledigen sie in größter Eile und pünktlich.

**× Magdeburg, 20. April.** (Der nicht.) Der Telephonangehörige Hermann Voigt, 1899 zu Kl. Witterfeld geboren, hat sich am 15. d. M. nachts infolge von Nervenüberreizung durch Ueberarbeitung von hier heimlich entfernt und wird planlos umherzirkeln. Er ist etwa 1,83 Meter groß und war bei seinem Fortzuge mit schwarzem, steifem Hut (im Futter die Buchstaben H. V.), dunklem Winterüberzieher, dunkelm Jacketanzug und Schnallstiefeln bekleidet. Er wird etwa 150 Mark bei sich gehabt haben. Die Polizeibehörde ersucht, ihm im Betretungsbereich schonend anzuhaken und der Kriminalpolizei Nachricht zu geben. Unkosten werden erlassen.

**Leipzig, 19. April.** (Kochische Nachzüg.) Eine getrigerte Zieselochschinke des Herrn Masch hier brachte 17 lebende Junges zur Welt, eine Zahl, wie sie bei dieser Tiergattung sonst wohl kaum vorkommt.

**Erfurt, 20. April.** (Ein Rindaufseher.) auf der es recht lustig zugeht, erfuhr eine jäh Unterbrechung. Man war gerade dabei, dem braunen Gefährten tüchtig zuzusprechen, als der Gendarm erschien und der Freude ein Ende machte. Er beschlagnahmte das Maß Bier, das sich herausgestellt hatte, daß dieses am Mittwoch dem Gastwirt Fischer... gestohlen worden war.

**Erfurt, 20. April.** (Müllertag.) Der Thüringer Zweigverband Erfurt vom Verband deutscher Müller hofft am 25. April seine Generalversammlung im „Europäischen Hof“ zu Erfurt ab. Auf der Tagesordnung stehen wichtige Fragen.

**— (Mordhau.)** (Im Getriebe der Mühle.) Der sechsjährige Sohn der Witwe Hübn in Wilsleben wurde seit Sonnabend vermißt. Jetzt, als die Mühle reinigt, wurde der Knabe tot und zerstückelt unter dem Getriebe gefunden. Ohne daß jemand es bemerkte, ist der Knabe in die Mühle gelangt, ist dem Getriebe zu nahe gekommen, von ihm erfaßt und todschmetterlich worden.

**Bernburg, 21. April.** (Konfessionelle und National-liberale.) Der Vorstand des Zentrums der Konfessionellen für Stadt und Kreis Bernburg beschloß gestern nachmittag, dem hiesigen Nationalliberalen Verein für dessen Einladung zu seinem 25. Stiftungsfeste, bei dem u. a. Reichstagsabgeordneter Kaisermann sprechen wird, beizutreten, zugleich aber zu erklären, der Vorstand sehe sich zu seinem Bedauern veranlaßt, wegen der unzulässigen Haltung der nationalliberalen Fraktion des anhaltischen Landtages zu den Angriffen des Abgeordneten Prof. Dr. Reinhardt auf die Konfessionellen und wegen der Beschuldigung, der Vorstand des Konfessionellen Vereins habe einen Fiskusbrief des Nationalliberalen Vereins Sammleramt Dr. Noack mißbräuchlich benutzt, der seiner offiziell fernzubleiben.

**— Köthen, 20. April.** (Seimatmuseum.) Die zum Festen des Seimatmuseums erfolgte diesmalige Aufführung des „Waldensbrunn“, „Madensteinerei“ durch hiesige Schülervorstände brachte insgesamt eine Einnahme von 1788,55 Mark ein.

**— Zerbst, 19. April.** (Drei Einbrüche.) wurden hier in vergangener Nacht berichtet. Der gestohlenen „Arbeit“ zufolge muß man auf mehrere Tische schließen, die den Räuben des Zerbstener Engländer- und Kaufmanns Friedrich Dango an der Breiten Straße sowie des Konsumvereins an der Breite Straße abhandelt und jedesmal in verheerender Weise vorgeht, indem sie die Fensterscheiben sprengen und mit ihren Dietrichen die Tür öffnen. Größere Mißhe machte ihnen der Einbruch in die Verkaufsräume des Konsumvereins. Dafür war aber die Beute um so ergiebiger. Den Tätern fielen 300 bis 400 Mark Bargeld in die Hände. An allen drei Orten waren die Verbrecher so vorsichtig und geschickt zu Werke gegangen, daß kein Sachbesitzer auch nur das mindeste hörte.

**(?) Braunschweig, 20. April.** (Der Ankauf von 50 Ibs Garten.) durch die Aktiengesellschaft Kruses Wilhelmseisenwaren und Bräunings Saalbau ist, nachdem nochmals eine Sitzung der in Betracht kommenden Gesellschaften deshalb stattgefunden hat, gestern abend perfekt geworden. Der Kaufpreis beträgt 410 000 Mark. Die Aktiengesellschaft übernimmt das Etablisement dort.

**— Förderkredit, 20. April.** (Die Belohnung.) Ein Bierknecht verpackte zwei Herren dem Daubedemeister A., falls er ihnen einen unwillkürlichen Vortrag leiste, ihm das dem Gastwirt Droste gehörige Tafelflaßer zu kaufen. Als Preis wurden 50 Mark festgesetzt. A. ließ sich auf die Sache aber nur ein unter der Bedingung, daß die Herren ihm ihr Versprechen schriftlich gaben. Hätte man die Sache immer noch als Spaß aufgefaßt, so bewies die nach einigen Tagen von A. eingereichte Klage, daß ihm die Einlieferung seines Kolnes bitter Ernst ist. Somit wird nun das Gericht darüber zu entscheiden haben, ob die Forderung des A. berechtigt ist oder nicht.

**Eisenach, 20. April.** (Einzug des Großherzogspaares.) Mittwilsch 12 Uhr 54 Minuten trat der Großherzog mit seiner Gemahlin mit Gesolge ein. In Hülfszimmer des Bahnhofs wurde das Großherzogliche Paar vom Bezirksdirektor Trautwetter begrüßt. Dann erfolgte unter dem Jubel der Bevölkerung der Einzug in die festlich geschmückte Stadt. Am Nicolaitor empfing der Bürgermeister Sartmann das Großherzogspaar. Der Vorherrsche des Gemeinderates Justizrat Dr. Merck überreichte der Großherzogin einen Rosenkranz. Im Stadtschloß fand ein Festdiner statt. Um 4 Uhr nachmittags begaben sich die Großherzoglichen Herrschaften zur Grundsteinlegung des Armenasyls, und darauf sofort zur Markburg, wo sie für einige Tage Aufenthalt zu nehmen gedenken.

**(.) Weina, 20. April.** (Feuer.) In Unterpeindorf brach in dem Stallgebäude des Jahnigen Gutes Feuer aus. Der herrschende Sturm entzündete das Feuer, daß auch das benachbarte Leinse Gut alsbald in Flammen stand. Beide Wohngebäude und auch die neugebauten Wirtschaftsgebäude wurden eingeschert. Nur das Großvieh konnte gerettet werden, das übrige Vieh und bedeutende Getreidebestände verbrannten. Wagen, die landwirtschaftlichen Maschinen und dergl. wurden vom Feuer vollständig zerstört. Dem Gutsbesitzer Jahn ging eine große Summe Geldes, die nicht mehr aus den Klammern gerettet werden konnte, verloren.

**Kassel, 20. April.** (15 000 Mark untergeschlagen.) Der Reisende Kidel von der hiesigen Aktienbrauerei wurde nach Untererschlagung von 15 000 Mark verhaftet.

## Vermischtes.

### Ein Portwein-Krieg.

Ein Kampf zwischen „Feuer und gut“ und „Billig und schlecht“ tobt gegenwärtig zwischen den portugiesischen Provinzen nördlich des Douro, wo der beste und teuerste Portwein wächst, und den südlichen Provinzen, die die billigeren, schlechteren Sorten liefern. Weinbändler im Süden mußten die gesetzlichen Vorschriften zu umgehen und fälschten ihre Weine, die sie dann als teure Portweine auf den Markt bringen.

Kristall sollte eine größere Sendung auf diese Weise erzeugen, „schon“ vorwärts in einer kleinen Station aus Douro einziehen. Die Nachricht verbreitete sich schnell. Die Käufernäheren in fundumgebung umliegenden Dörfern lösten Sturm, und über tausend mit Flinten und Äxten bewaffneten Männer marschierten gegen die Station. Die Angestellten der Bahn wurden vertrieben. Dann taten die Leute die Weinläufer aus und warfen sie über die Fenster. Tausende von Litern rubinroter Flüssigkeit ergossen sich in den Douro, der bald wie ein Blutstrom sich dahin wälzte. Nach der Tat zogen die Leute wieder friedlich ab und brachten Hochnach auf den osten Portwein aus.

**Tragisches Ende eines deutschen Liebespaars in Italien.** Am Ufer von San Giuliano wurde die Leiche eines etwa 25 Jahre alten

Mannes angebracht; hinter eroberte man ein verheißenes Ende den Besäuser einer elegant gefesteten, jungen, hübschen Frau. Die Polizei stellte aus Karren, die bei den Leichen gefunden wurden, fest, daß es sich um ein deutliches Liebespaar handelt, doch waren die Schriftstücke über die Personen der Toten keinen Aufweis. An beiden wurden tödliche Schußwunden entdeckt. Der Selbstmörder hatte sich in der Weite abgesetzt, daß der Mann zuerst seine Begleiterin erschloß und sie ins Meer warf, worauf er sich selbst erschloß. Dabei hatte er sich so aufgelöst, daß er in die Fäusten färgen mußte. Der deutsche Konsul in Genua wurde von dem Vorfalle in Kenntnis gesetzt.

**Selbstmord im Kauf.** Von einem Personengut der Altona-Kaltenflether Bahn wurde zwischen Hasloh und Bönninghede der Arbeiter Lüders von der Lokomotive erfaßt, zwischen die Schienen geworfen und auf der Stelle getötet. Der Lokomotivführer sah schon aus einiger Entfernung den hart angetrunkenen Lüders auf der Straße hin- und herlaufen und gab wiederholt Warnungssignale ab. Als der Zug sich dem Lüders auf einige Schritte genähert hatte, trat er an das Gleis heran. Während der Lokomotivführer sofort die Bremsen anlegte, warf sich Lüders vor die Maschine und wurde direkt von der Maschine erdrückt. Post eine Stunde war erforderlich, um die in die Asche eingeklemmte Leiche herauszubekommen. Lüders hat sich zweifellos in selbstmörderischer Weise überfahren lassen. Er hinterließ eine Frau mit fünf Kindern. Schon bevor der Zug zu sehen war, hatte er zwischen den Schienen gelegen und konnte nur mit vieler Mühe daraus entfernt werden.

## Letzte Nachrichten.

### Der Hansabund und die französischen Zoll-erhöhungen.

**M. Weh, 21. April.** Der Hansabund für den Bezirk Vöhringen hat gegen die französischen Zollserhöhungen folgende Resolution angenommen:

Der Hansabund für Gewerbe, Handel und Industrie für Vöhringen verlangt Sicherung des deutschen Exporthandels gegenüber den Zollserhöhungen, welche in einer großen Zahl von Staaten gegen Deutschland eingeleitet worden sind, um den deutschen Exporthandel und damit alle Kreise für Handel, Gewerbe und Industrie und die Volkswirtschaft des Deutschen Reiches auszuhebeln zu schädigen. Nachdem die Handelsbeziehungen zu Mexiko, Portugal, Bolivien neuerdings in einer Weise geregelt worden sind, welche durchaus den vollen Weisfall der deutschen gewerbetreibenden Stände gefunden haben, stehen handelsverträgliche Verhandlungen mit Schweden und Japan bevor, die besondere Aufmerksamkeit und Energie unserer leitenden Stellen erfordern. Im Anschluß an das rüchligste Vor-gehen der französischen Politik, die ohne das Wohlwollen der harten Zollserhöhungen erlangt worden werden, sogar ohne Uebergangsfrist zwei Tage nach der Beschlußfassung der Deputiertenkammer die Zollserhöhungen in Kraft treten ließ, fordert der Hansabund, daß gegenüber Staaten, welche gegen das Deutsche Reich ihre Zölle erhöhten, im Rahmen des geltenden Zollrechtes ebenfalls in vorläufiger Weise Erhöhungen unserer Zölle eingetreten werde.

### Rückzug der Aussperrungen.

**H. Münder, 21. April.** Die Zahl der ausgesperrten Arbeiter in hiesigen Baugewerbe hat sich in den letzten Tagen bedeutend verringert. Heute sind noch 919 Maurer hier ausgesperrt; in den Vororten 33. Mehr als die Tage bei den Bauhilfsarbeiten und den Zimmerern. Der harte Rückzug der Aussperrungen ist darauf zurückzuführen, daß zahlreich Bauherren die Arbeiter, die von den Bauhilfsarbeiten ausgesperrt wurden, wieder einstellten und die Arbeiten in eigener Regie mit Hilfe der Polizei weiterführen.

### Erdbeben.

**H. Jagenheim a. d. Bergstr., 21. April.** Gestern abend (zwischen elf und zwölf Uhr) wurde ein schwaches Erdbeben registriert. Die Entfernung wurde auf 700 bis 800 Kilometer geschätzt.

### In Albanien herrscht Ruhe.

**Salonik, 21. April.** Alle hier eintreffenden offiziellen und privaten Nachrichten bestätigen, daß nunmehr in ganz Albanien völlige Ruhe herrscht. Seit acht Tagen sind keinerlei Zusammenstöße mehr gemeldet worden. Zwischen den Armaten und den Truppen haben seit einer Woche die Schärfe gänzlich aufgehört. Die wenigen Armaten, welche sich bisher weigerten, die Waffen abzugeben, haben sich nunmehr auch eines Besseren besonnen und sind gewillt, sich zu unterwerfen. Sie stehen in Unterhandlungen mit den Truppenkommandanten.

### Deutsche Industrie in Montenegro.

**Cettigne, 21. April.** Die montenegrinische Regierung hat einer reichsdeutschen Gesellschaft die Versorgung der Stadt Cettigne mit elektrischem Licht übertragen. Das Elektrizitätswerk wird an dem Ufer des Rietafalles errichtet, um die Wasserkraft desselben auszunutzen. Außerdem wird diese Gesellschaft auch den Bau der elektrischen Eisenbahn nach Danilowgrad und Riefa erhalten.

### Unterhaltungsblatt.

Der bekannte Berg. Von Hans Strobl. (Fort.) — Zehrpfeiler. Aus der Gannepreis von Erich Falter. — Literatur.

Leitung: Wilhelm Georg. Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den totalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gerichte und Handel: Eugen Brinkmann; für Ausland, Letzte Nachrichten, Vermischtes und Sport: Erich Böckmann; für das Feuilleton: Paul Schaumburg; für den Interaktiven: Friedrich Endruat; Druck u. Verlag von Otto Henschel. — Alle Nummern umfassen 8 Seiten. — einschließlich Unterhaltungsblatt.



